

Der Streit in der Union und die Zukunft der CDU

Ein Gespräch mit dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler

Die Union insgesamt und die CDU besonders befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Phase: Sie ist gekennzeichnet durch Dauerkonflikte zwischen den Schwesterparteien, durch Probleme programmatischer Profilierung, durch Vertrauensverlust in der Wahlbevölkerung. Ihre Mehrheitsfähigkeit scheint langfristig in Frage gestellt. Wie denkt der Generalsekretär der CDU, als Akteur der ersten Reihe verantwortlich und umstritten zugleich, darüber? Mit Heiner Geißler sprach David Seeber.

HK: Herr Dr. Geißler, kluge Leute haben immer wieder festgestellt, die Union sei in der Bundesrepublik politisch so gut verankert, daß sie eigentlich nur an sich selbst scheitern könne. Trotz allen Wandels des Sozialgefüges, der Mentalitäten und Lebensstile dürfte die These nach wie vor einiges für sich haben. Aber inzwischen laufen ihr die Wähler scharenweise davon, und ihr Ansehen sinkt rapide. Betreibt die Union ihren eigenen Ruin?

Geißler: Wir leben in einer Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs. Die damit verbundenen großen Spannungen muß vor allem eine Volkspartei wie die CDU austragen und aushalten. Aber daß der CDU die Wähler scharenweise davonlaufen – das ist ein Schreckens- und Panikszenario, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

„Die CDU ist die geschlossenste Partei in der Koalition“

HK: Über Schreckensszenarios kommt man oft schneller an die Wirklichkeit heran. Sie haben bei der Bundestagswahl 4,5 und bei verschiedenen Landtagswahlen zwischen 6 und 7 Prozent verloren. Das ist nicht gerade wenig ...

Geißler: Richtig ist, daß wir bei der letzten Bundestagswahl gegenüber 1983 zusammen mit den der Wahl Ferngebliebenen ca. 2,2 Millionen verloren haben. Aber der Trend bei den Landtagswahlen unterscheidet sich stark von dem bei den Bundestagswahlen. Zunächst gilt es festzuhalten, daß wir eine Landtagswahl, nämlich die in Hessen, gewonnen haben. Bei den anderen Landtagswahlen haben wir an die SPD kaum etwas verloren, aber wir haben relativ viel Stimmen abgegeben z. B. in Rheinland-Pfalz an die Freien Demokraten und haben prozentual auch dort Stimmen dadurch verloren, daß die eigenen Leute nicht zur Wahl gegangen sind. Und auch bei der Bundestagswahl haben sich an die 800 000 potentielle Unionswähler der Stimme enthalten. Wären sie davongelaufen, hätten sie eine andere Partei gewählt. Deswegen gilt es, sich über die Ursachen klar zu werden.

HK: Ist eine der Ursachen dafür nicht nur die Tatsache,

daß die Bonner Koalition an Attraktivität verliert, sondern der Umstand, daß speziell die CDU als größte Regierungspartei in der Koalition schlecht zurechtkommt. Die Koalition, so hat es mal jemand geschildert, gleiche häufig einem Hund mit zwei Schwänzen, aber es wedle nicht, wie es sich gehört, der Hund mit den Schwänzen, sondern diese wedelten mit ihm ...

Geißler: Nein, die CDU ist die geschlossenste Partei in der Koalition. Aber es ist richtig, daß wir unter Auseinandersetzungen zwischen den beiden anderen Koalitionspartnern und auch unter den Angriffen gelitten haben, die von der eigenen Schwesterpartei gegen die CDU wegen bestimmter Sachthemen oder aus anderen Gründen geführt wurden.

„Es gibt Streit, weil die CDU Profil zeigt“

HK: Sind die Ursachen nicht vielfältiger? Die CDU ist nicht mehr so sehr die Kanzlerpartei wie in der Adenauerzeit. Sie wird in der Regierung nicht so repräsentiert, daß sie vom Kanzler einfach mitgetragen wird, sondern sie muß teilweise gegen die anderen Koalitionspartner den Kanzler stützen. Sie hat es so schwerer, ihr Eigenprofil zu zeigen, und bleibt deswegen irgendwo dazwischen hängen ...

Geißler: Ich habe eher den Eindruck, daß es Streit gibt, weil die CDU Profil zeigt, z. B. bei den Menschenrechten, der doppelten Null-Lösung oder bei der Gleichberechtigung der Frau, wie sie von Rita Süßmuth mit großer Glaubwürdigkeit vertreten wird.

HK: Sie haben nach einer der Zwölfer-Runden von CDU und CSU als „persönliche“ Bewertung erklärt, sie hätten den Eindruck, in beiden Parteien sei man sich bewußt, daß es ohne Einheit der Union um die Zukunft der Bundesrepublik schlecht bestellt sein würde. Darf ich bescheidener fragen: Schlecht bestellt um die Zukunft der CDU und der CSU?

Geißler: Es stünde um die Republik nicht gut, wenn die größte Volkspartei auseinanderfiele ...

HK: Aber wenn alle vom Gewicht der Einheit so sehr überzeugt sind, wie wollen Sie dann aus dem Streit heraus? Bisher ist es so: wenn die CDU sich irgendwo bewegt, taktisch oder strategisch, kommt gleich nicht das Gegenargument, sondern der Gegenschlag. Und welche Einheit soll's sein? Die der Arbeitsteilung, die bisher gegolten, aber nie ganz funktioniert hat: die CSU bayrisch mit stärkerer national-konservativer Einfärbung; die

CDU als Partei der Mitte mit deutlicheren sozialen und liberalen Akzenten? Oder die des getrennten Marschierens bei verbleibender gemeinsamer Fraktion als Rest? Oder sucht mit der Zeit jede Seite die Wähler dort, wo sie sie zu finden glaubt, und beide sehen zu, wieviel an gemeinsamer Politik dann noch möglich ist?

Geißler: CDU und CSU brauchen eine vernünftige Arbeitsteilung: Viele Leute in Bayern wählen CSU, weil sie wissen, daß es im übrigen Bundesgebiet die CDU gibt; und im übrigen Bundesgebiet wählen viele die CDU, weil sie wissen, daß es in Bayern die CSU gibt. Zu dieser Konstellation gehört auch, daß die beiden Schwesterparteien in manchen, auch wichtigen Punkten sich zwar nicht grundsätzlich unterscheiden, aber die Akzente anders setzen. Insofern geht es einfach darum, daß wir unsere arbeitsteilige Politik absprechen. Damit das auch praktikierbar wird, brauchen wir mehr gegenseitige Konsultation, daran hat es in der Vergangenheit möglicherweise gefehlt.

„Das Konfliktpotential darf nicht zu groß werden ...“

HK: Läßt sich ein Strukturproblem, wie es die Schrägstrichunion CDU/CSU darstellt, durch mehr Konsultation wirklich lösen? Sie haben das getrennte Entstehen von CDU und CSU einmal als Geburtsfehler bezeichnet ...

Geißler: Ich habe das einmal in einer historischen Betrachtung gesagt, aber das ist vorbei. Franz Josef Strauß ist sicher einer der befähigtesten und gescheitesten deutschen Politiker der Nachkriegszeit. Wenn die CSU von Anfang an ein Landesverband der CDU gewesen wäre, dann wäre Franz Josef Strauß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schon viel früher und nicht nur einmal Kanzlerkandidat geworden. Das eigentliche Problem besteht aber darin, daß die Bevölkerung die CDU/CSU als eine politische Einheit ansieht, CDU und CSU aber getrennte Parteien sind, denen die geeigneten Instrumente fehlen, um Meinungsverschiedenheiten beispielsweise auf einer gemeinsamen Delegiertenversammlung demokratisch durch Abstimmung austragen zu können.

HK: Sie sind auf getrennten Territorien Schwesterparteien und zugleich schwierige Koalitionspartner ...

Geißler: Gerade deswegen wäre es wichtig, die nötigen Instrumente für gegenseitige Abstimmung zu schaffen. Wenn wir in der CDU Meinungsverschiedenheiten haben, personeller oder sachlicher Art, dann haben wir die Möglichkeit, solche Konflikte aufzulösen auf einem Parteitag oder im Bundesvorstand. Dort wird abgestimmt, damit ist es verbindlich für alle Landesverbände. Dieses Instrumentarium haben wir im Verhältnis CDU und CSU nicht, und dennoch denken die Leute, wir seien eine Einheit.

HK: Es gibt die gemeinsame Fraktion ...

Geißler: Gewiß, sie bietet uns die Möglichkeit, im Bundestag zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Allerdings muß ich darauf aufmerksam machen, daß die CSU sich vorbehalten hat, auch innerhalb der Fraktion in bestimmten Fragen nicht überstimmt werden zu dürfen. So steht es in der Vereinbarung über die Fraktionsgemeinschaft. Doch im Prinzip und in der Regel gelingt es, daß beide Schwesterparteien auch tatsächlich zu gemeinsamen Ergebnissen kommen. Aber wir haben kein vergleichbares Instrument auf Parteiebene ...

HK: Die Interessenlage beim kleineren Partner dürfte so sein, daß das Interesse an solchen Instrumentarien so groß nicht sein kann. Denn je weniger die CSU sich einbinden läßt, um so besser kann sie sich bayernweit profilieren und natürlich auch bundesweit Einfluß gewinnen ...

Geißler: Natürlich hat die Selbständigkeit der CSU für sie einen großen Vorteil. Sie kann sich so völlig mit Bayern identifizieren. Würde die CSU sich bundesweit ausbreiten, müßte sie diese Identität verlieren. Damit entfielen einer der Hauptgründe für die großen Mehrheiten, die die CSU immer wieder erzielt. Auf der anderen Seite darf das Konfliktpotential der CSU gegenüber der CDU aber auch nicht so groß werden, daß es die eigenen CSU-Leute nicht mehr akzeptieren. Und die Wählerinnen und Wähler in Bayern reagieren auf Streitigkeiten zwischen den beiden Schwesterparteien genauso sauer wie die Wählerinnen und Wähler im übrigen Bundesgebiet.

HK: Auch die CSU verliert, wenn die CDU verliert, nicht nur bei Bundestagswahlen, sondern auch in Bayern: das müßte eigentlich ein überzeugendes Argument für Konfliktbegrenzung sein ...

Geißler: ... prozentual eindeutig fast in gleicher Höhe. Sie ist bei den letzten bayerischen Landtagswahlen bei 55 Prozent angelangt, vor zehn Jahren hatte sie einmal 62 Prozent.

„Zwischen FDP und CDU/CSU gibt es nicht inhaltliche Identitäten, aber eine politische Bindung“

HK: Die sog. Lagertheorie, Herr Dr. Geißler, ist nun der große Streitpunkt geworden. Steckt da nicht ein bißchen viel verkehrte Welt drin? Eigentlich paßt sie wie maßgeschneidert auf Franz Josef Strauß und die CSU. Jedenfalls wenn man an die in Bayern besonders energisch vertretenen Wahlparolen „Freiheit statt Sozialismus“, „Schicksalswahl“, „Richtungswahl“ denkt. Alles Parolen, die im politischen Sinne klare, um nicht zu sagen feindliche Lagerbildungen voraussetzen. Aber jetzt bestreitet die CSU nicht nur die Richtigkeit des Theorems, sondern verdächtigt Sie, dieses zum Zwecke der Förderung der FDP erfunden zu haben und damit die

CDU zugleich nach links orientieren zu wollen. Sie wiederum halten mit einer erstaunlichen Konsequenz an ihr fest, obwohl bei genauerer Betrachtung der Wähler-trends vieles dafür spricht, daß sich ihre Grundlagen resp. Voraussetzungen auflösen.

Geißler: Ich hänge nicht an Begriffen. Mir ist es egal, wie man das bezeichnet. Sie können auch sagen, Sozialdemokraten und Grüne gehören in einen Topf, dann ist es die Topftheorie. Ich habe damit nur eine politische Zustandsbeschreibung vorgenommen. Es geht um Wählerverhalten und inhaltliche Ähnlichkeiten der Parteien. Der wichtigste Sachverhalt ist der, daß Sozialdemokraten und Grüne nach wie vor inhaltlich in ein Lager gehören: in der Energiepolitik, in weiten Teilen der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Rechtspolitik. Dem rot-grünen Lager steht, wenn man den Begriff zur Kennzeichnung der gesamten politischen Landschaft verwenden will, das Regierungslager gegenüber. Im Regierungslager gibt es zwar zwischen FDP und CDU/CSU nicht die inhaltlichen Identitäten wie bei den Sozialdemokraten und den Grünen, aber es gibt eine politische Bindung. Sie besteht darin, daß beide aufeinander angewiesen sind, um als Koalitionspartner regieren zu können.

HK: Unterm Strich kommt also nicht mehr heraus als die Tatsache, daß Bundesbürger eher Koalitionen als Parteien wählen und deswegen wenigstens im Bund keine Partei allein regieren kann?

Geißler: Das würde ich nicht sagen. Sie wählen schon Parteien. Aber ein bestimmter Prozentsatz von Bürgern wählt aus Sicherheit den kleineren Partner, weil sie wollen, daß der über die Fünf-Prozent-Klausel kommt, damit die Union sicher an der Regierung bleibt. Das sind eigentlich Unionswähler, die aber aus Vorsicht FDP wählen. Dann gibt es eine Reihe von Altliberalen, die in der Zeit der siebziger Jahre die CDU gewählt haben, weil sie mit der sozialliberalen Koalition nicht einverstanden waren, und die jetzt wieder FDP wählen. Insofern wird die Möglichkeit der CDU, absolute Mehrheiten zu bekommen, auch in den Ländern geringer. Bestimmte Stimmenverluste zugunsten der FDP sind einfach der Preis dafür, daß wir regieren können. Bei den Sozialdemokraten war dies übrigens genauso.

„Solche Fehler dürfen sich nicht mehr wiederholen“

HK: Aber man muß wohl doch in erster Linie auf die eigene Stärke setzen, sonst werden Wahlanalysen zum Politikersatz ...

Geißler: Nicht bei mir, aber Wahlanalysen sind wichtige Hilfsmittel, um richtige Entscheidungen treffen zu können. Schließlich kann es den Parteien nicht egal sein, was die Leute denken.

HK: Ist der Eindruck falsch, daß eigentlich beide Schwesterparteien die FDP falsch behandeln? Die CSU, indem

sie innerhalb des Lagers Streit entfacht und damit zum zuverlässigsten und beständigsten Wahlhelfer der FDP wird; die CDU dadurch, daß sie zu sehr nach der FDP als Mehrheitsbeschaffer schießt. Ich nehme das Beispiel Schleswig-Holstein: Sieht man das dortige Wahlergebnis genau an, so ist wenigstens theoretisch der Rückschluß erlaubt, eine strategisch, inhaltlich und personell besser profilierte CDU hätte trotz Bauernprotest die Chance gehabt, stärkste Partei zu bleiben, die FDP wäre draußen geblieben und die CDU könnte sich alle jetzt notwendigen Demutsbezeugungen und Verrenkungen gegenüber FDP und SSW ersparen.

Geißler: Das sind Spekulationen. Was ich weiß, ist schlicht: wäre die FDP nicht über die Fünf-Prozent-Hürde gekommen, so hätten wir in Schleswig-Holstein überhaupt keine Chance gehabt, die Regierung zu bilden. Es wird zwar ein Riesentheater aus dem gemacht, was ich hier sage. Aber es ist einfach eine Frage der politischen Vernunft, der Logik: Die Sozialdemokraten in Hessen z.B. sind 1978 viel weiter gegangen. Alfred Dreger bekam 47 Prozent. Die Reaktion der Sozialdemokraten vorher: sie riefen ihre eigenen Leute auf, FDP zu wählen, und zwar mit gutem Erfolg. Die Sozialdemokraten bekamen so 44 Prozent und die Freien Demokraten 6 Prozent, damit konnten sie gegen die CDU regieren. Was hätte es der SPD genützt, wenn sie 46 Prozent bekommen hätte und die Freien Demokraten 4,8 Prozent? Wir aber gehen gar nicht so weit und machen keine Kampagne für die FDP, aber wir greifen sie auch nicht ständig an.

HK: Es sind inzwischen einige üppige Prozent mehr geworden. 9 Prozent ...

Geißler: 6 bis 7 Prozent wären richtig. 9 Prozent sind in der Tat zuviel. Aber diese 9 Prozent bekamen die Freien Demokraten bei den letzten Bundestagswahlen, weil die Unionsparteien vor den Bundestagswahlen oder auch vor Landtagswahlen zum Teil falsche politische Themen behandelt haben. Die außenpolitische Diskussion vor der Bundestagswahl oder manche Reaktionen auf die doppelte Null-Lösung waren Fehler und die Angriffe auf die Entscheidung des Bundeskanzlers über die Pershing 1A auch. Solche Fehler dürfen sich nicht mehr wiederholen. Im übrigen: Zu der politischen Bindung zwischen der Union und der FDP gehört die Forderung, daß es keine wechselnden Mehrheiten geben darf. Das richtet sich von unserer Seite an die Adresse der FDP.

HK: Sie meinen damit, auch keine vom Bund abweichenden Koalitionsbildungen in den Ländern?

Geißler: Genau das meine ich. Weder im Bundestag noch in den Ländern.

HK: Aber unterschiedliches Koalieren in Bund und Ländern entspricht guter föderalistischer Tradition und kann auch legitimer Ausdruck der sonst vielbeschworenen übergreifenden Grundgemeinsamkeiten aller demokratischer Parteien sein.

Geißler: Das sind schöne grundsätzliche Betrachtungen, sie haben nur mit praktischer Politik wenig zu tun, denn wir brauchen eine Mehrheit im Bundesrat. Wenn wir Politik machen wollen, wie sie die Mehrheit des deutschen Volkes will, müssen wir auch im Bundesrat dieselben Mehrheiten zu erreichen versuchen, wie wir sie im Bundestag haben. Dazu muß die FDP ihren Beitrag leisten. Im übrigen: würde sie anfangen zu wackeln oder hin und her zu pendeln, wäre das der Anfang vom Ende der FDP.

„Die Parteibindungen sind lockerer geworden. Die CDU muß diese Chance wahrnehmen“

HK: Wird die Lagertheorie nicht ein Stückweit durch Ihre eigene Analyse widerlegt? Sie stellen ja *auch* fest, daß CDU- und SPD-Wähler in ihren grundlegenden Wertvorstellungen sich nicht sehr markant unterscheiden. Sie legen eine Scheidelinie mitten durch die SPD. Von ihr weiß man allerdings nicht, wollen Sie damit das Wählerspektrum der Union erweitern oder die SPD spalten.

Geißler: Das sind zwei verschiedene Dinge. Das eine ist die Analyse, die ich vorgenommen habe. Das, was Sie jetzt ansprechen, ist schon eine Strategie, wie man zusätzlich Wähler gewinnen kann. Bei der Strategie gehe ich davon aus, daß wir nicht dazu verurteilt sind, bei den 44,3 Prozent der letzten Bundestagswahl zu bleiben oder bei 45 Prozent wie in Rheinland-Pfalz, sondern daß wir, ohne die FDP unter die fünf Prozent zu drücken, zusätzliche Wählerinnen und Wähler gewinnen können. Und zwar aus der Erkenntnis heraus, die Sie gerade zitiert haben, daß bei den Wertvorstellungen die Trennungslinie gar nicht zwischen CDU und SPD verläuft, sondern mitten durch die SPD-Wählerschaft geht. Nehmen Sie den sozialdemokratischen Werkmeister und den christdemokratischen Werkmeister in demselben Betrieb in der Südpfalz oder im Hessischen. Die beiden unterscheiden sich in der Frage Pünktlichkeit, Fleiß, Ehrlichkeit, Vaterland, Ehe, Familie nicht wesentlich. Den sozialdemokratischen Werkmeister trennen aber Welten von seinem Ortsvorsitzenden, dem Akademischen Oberrat in Landau-Mitte, in Offenbach oder Wolfsburg.

HK: Das ist aber wohl nicht neu und gilt bezüglich der internen Scheidungslinie für die CDU auch ...

Geißler: Natürlich ist das an sich nicht neu, aber es hat sich etwas verändert in den letzten Jahren: Die Parteibindung dieses Werkmeisters ist lockerer geworden. Er ist vor allem wegen der engen inhaltlichen Übereinstimmung der Sozialdemokraten mit den Grünen heute eher bereit, auch einmal eine andere Partei zu wählen. Als Alternative bieten sich bei seiner Wertorientierung nicht die Grünen und auch nicht die Freien Demokraten an, sondern eher eine Volkspartei wie die CDU. Diese Chancen

muß die CDU wahrnehmen. Das wird dann unsinnigerweise als Öffnung nach links bezeichnet ...

HK: Was ist da für Sie erkenntnisleitend: Die simple Feststellung, daß die Zahl der Stammwähler, die zudem der Bevölkerungs- und Sozialstruktur nach zu den schwächer werdenden Minderheiten gehören – Bauern, Vertriebene, Katholiken mit enger Kirchenbindung – kleiner wird, die Zahl der Wechselwähler aber steigt?

Geißler: Wer zu den Stammwählern der CDU gehört, will ich hier dahingestellt sein lassen. Sie haben einige Gruppierungen genannt. Daß die Zahl der Stammwähler geringer wird, steht fest. Daß es inzwischen bis an die 40 Prozent Wechselwähler gibt, ebenfalls, und wahrscheinlich nimmt deren Zahl in Zukunft noch zu. Deswegen werden in der politischen Auseinandersetzung *aktuelle* politische Themen immer wahlentscheidender. Das bedeutet auch, daß die Wahlkämpfe noch wichtiger werden als früher. Das bedeutet nicht, daß wir unsere Grundsätze vernachlässigen wollen, sondern daß wir z. B. das soziale Engagement der CDU noch deutlicher personell und sachlich zum Tragen bringen und z. B. dem Werkmeister, von dem ich gerade sprach, deutlich machen, daß die CDU eben auch eine *soziale* Volkspartei ist. Dasselbe gilt im Blick auf die Arbeitnehmer, die mit modernen Technologien arbeiten. Sie müssen wir davon überzeugen, daß wir eine *moderne* Partei sind, die den technischen Fortschritt nicht vergöttert, die ihn aber gleichzeitig auch nicht verteufelt, sondern bestrebt ist, seine Risiken zu begrenzen und seine Chancen zu nutzen und so dafür zu sorgen, daß unser Land erstklassig bleibt.

„Links‘ und ‚rechts‘ sind Begriffe der politischen Gesäßgeographie des vorigen Jahrhunderts“

HK: Sie sagen soziale Volkspartei: Wahlanalytisch ist interessant, daß die berufstätige Bevölkerung mit sicheren Arbeitsplätzen mehrheitlich die Unionsparteien wählt, während Inhaber unsicherer Arbeitsplätze überwiegend der SPD zuneigen. Eine CDU à la Thatcher könnte es sich damit einfach machen und als Vertreterin der Zweidrittel-Gesellschaft der Gutsituierten fungieren, zu der sie politische Gegner ohnehin gerne machen. Wo bleibt dann aber das Soziale an der Volkspartei CDU?

Geißler: Die Zweidrittel-Gesellschaft ist ein Kampfbegriff der Sozialdemokraten. Sie hat mit unserer Politik nichts zu tun, schon gar nicht mit einer Partei, die die Neue Soziale Frage aufgeworfen und neu diskutiert hat. Wir orientieren uns am christlichen Menschenbild. Dadurch unterscheiden wir uns von Marxisten oder auch anderen, die keine Werte jenseits von Angebot und Nachfrage kennen. Für die Christlichen Demokraten gehört zu den Menschenrechten: der Mensch, wie er geht und steht, ist der eigentliche Mensch, egal, ob er jung oder alt, ob er krank oder gesund, ob er schwarz oder

weiß ist, ob er Arbeit hat oder arbeitslos ist. Und das verpflichtet auch dazu, eine entsprechende Politik zu machen und ein entsprechendes Politikangebot zu entwickeln ...

HK: Personell ist die CDU gegenwärtig in der Sozialpolitik deutlich besser ausgestattet als in anderen Politikbereichen. Dennoch – verkehrte Welt auch da – mißt ihr die Bevölkerung eine geringe sozialpolitische Kompetenz zu. Woran liegt das neben der Tatsache, daß die CDU auch da stärker inneren Spannungen ausgesetzt ist – Wirtschaftsflügel, Sozialausschüsse, Mittelstandsvereinigung? Spielt auch da das Verhältnis CDU-CSU eine entscheidende Rolle?

Geißler: Ich glaube nicht. Wir haben es außerhalb der Union mit mächtigen Gegnern zu tun, die uns diese Kompetenz abstreiten. Das sind vor allem die Industriegewerkschaften, die in ihren Führungen überwiegend sozialdemokratisch orientiert sind und uns durch Desinformation, durch Negativ-Propaganda in ihren Mitteilungsblättern, aber auch durch öffentliche Auftritte bei den Arbeitnehmern anschwärzen. Das hat zwar nichts mit der Wirklichkeit zu tun, denn die Union war und ist sozialpolitisch wesentlich erfolgreicher als die Sozialdemokraten. Alle großen Sozialgesetze der Nachkriegszeit sind von uns entwickelt und verabschiedet worden: die Montanmitbestimmung, das Bundesversorgungsgesetz, der Familienlastenausgleich, die dynamische bruttolohnbezogene Rente, das Arbeitsförderungsgesetz, die Lohnfortzahlung, der Lastenausgleich, die ganze Eigentums-gesetzgebung, jetzt das Erziehungsgeld, der Erziehungsurlaub, die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung. Das alles sind keine sozialdemokratischen Gesetze, aber sie haben die Sozialstrukturen Deutschlands nachhaltig verändert. Dabei will ich auch gerne zugeben, daß wir in der letzten Legislaturperiode Einsparungen haben vornehmen müssen, die sich zum Teil bitter ausgewirkt haben, weil einfach der Staatshaushalt saniert werden mußte. Wichtig ist, daß die Menschen davon überzeugt sind, daß es gerecht zu geht.

„Wir müssen genauso überzeugende Antworten geben wie in den fünfziger Jahren auf die damaligen Herausforderungen“

HK: Wenn das nicht durchkommt, hat das wohl auch damit zu tun, daß manche in der Union und publizistische „Feinde“ ihr ein Bein stellen. Schein und Wirklichkeit mögen da zwar oft durcheinandergeraten. Wenn aber Strauß und auch manche in der CDU z. B. darauf beharren, die Nationalkonservativen müßten sich deutlicher und ihrem wirklichen Gewicht nach wiedererkennen können, dann wird das im Echo verbunden mit Nationalismus, autoritärer Gesellschafts- und Staatsauffassung und auch mit mangelnder sozialer Sensibilität. Zudem werden damit künstlich „rechte“ Potentiale aufgebaut,

auch publizistisch, wenn ich an die „Welt“ oder an die „FAZ“ denke, während die breite Bevölkerung wesentlich moderater, auch aufgeschlossener, unbefangener ist als die politischen und publizistischen Eliten, die sie zu vertreten meinen.

Geißler: Man soll Menschen nicht schubladisieren. Wenn jemand national gesinnt ist oder konservativ, muß er deswegen nicht unsozial sein. Viele Arbeitnehmer, die sozial empfindsam sind, lieben deswegen ihr Vaterland nicht weniger. Und der Heimatvertriebene, der sein Heimatrecht bewahren und es auch völkerrechtlich anerkannt wissen will, der kann gleichzeitig ein sehr tüchtiger Sozialarbeiter sein. Das sind doch keine Gegensätze. Ich habe einen ganz anderen Verdacht, daß diejenigen, die uns kritisieren, jeweils ganz extreme Positionen einnehmen, z. B. daß bei den Sozialdemokraten sehr viele schon so weit links sind, daß für sie einer schon rechtsradikal ist, wenn er morgens pünktlich zur Arbeit kommt, und daß es auf der anderen Seite Leute gibt, die so weit am rechten Rand sind, daß sie schon jemand für linksradikal halten, wenn er eine berufstätige Frau hat. Im übrigen sind „links“ und „rechts“ Begriffe der politischen Gesäßgeographie des letzten Jahrhunderts. Wir müssen uns an den Inhalten ausrichten und Antworten versuchen auf die großen Herausforderungen der heutigen Zeit: Wir haben Hunger in der Welt; wir müssen den Frieden und die Freiheit sichern, unsere Umwelt schützen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Dazu müssen wir auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes genauso überzeugende Antworten geben, wie in den fünfziger Jahren die christlichen Demokraten auf die damaligen Herausforderungen.

HK: Vor allem die jüngere Bevölkerung scheint nicht den Eindruck zu haben, daß die Union die richtigen Antworten gibt. Die Union verliert dort die meisten Stimmen. Zudem zeigt sich eine immer größer werdende Generationskluft: ab 45 absolute Mehrheit für Union und FDP, unter 45 aber deutliche Mehrheit für Sozialdemokraten und Grüne. In den Großstädten mit über 200 000 Einwohner wird in der Altersstufe von 25 bis 35 die Union von den Grünen bereits leicht überflügelt. Aber selbst darüber ist die Union zu zerstritten.

Geißler: Das ist in der Tat unser größtes Problem. Und leider scheinen manche noch der Meinung zu sein, wenn uns die unter 45jährigen mehrheitlich nicht wählen, dann kann uns das egal sein. Solche Gleichgültigkeit wäre fatal. Denn die heute 30- bis 40jährigen werden eines Tages auch 45 und 50, und im Gegensatz zu früher nehmen sie ihre politischen Einstellungen durch die Jahre hindurch mit. Es ist nicht mehr so, daß jemand Kommunist war mit 20 und später als Oberstudienrat dann CDU wählt. Manche machen es sich einfach und sagen, das liege an den Leuten, ohne zu fragen, ob es nicht auch an der Union liegt, wenn sie bei den Jüngeren nicht mehrheitsfähig ist. Und dann gibt es ganz schlaue Leitartikler, die der CDU raten, sie solle nicht nach den Wählern schießen, sondern klarmachen, wo es langgeht ...

HK: Die Bürger wollen nicht hofiert, sondern geführt werden, hieß es irgendwo in einem Ihnen zugeordneten Kommentar ...

Geißler: Vielleicht hat der eine oder andere Leitartikler noch bei der Reichswehr gedient. Aber eine solche Auffassung hat nichts mit politischer Führung in einer Demokratie zu tun. Manche würden das deutsche Volk am liebsten zum Befehlsempfang antreten lassen. Eine Partei, die politisch ernst genommen werden will, lebt in einer notwendigen Wechselbeziehung zu dem, was die Menschen denken. Sie ist kein Kommandounternehmen, sondern eine lebendige Organisation, die sich nicht einbilden darf, als politische Elite die einzige Elite zu sein. Es gibt die kulturellen, die wirtschaftlichen, die sozialen Eliten, die auch ihre Wertvorstellungen und ihr Bild von unserer Gesellschaft haben. Die Politik müßte mehr in ihnen verankert, mit ihnen verflochten sein.

„Wir müssen die wichtigsten politischen Entscheidungen auch ethisch begründen“

HK: Aber politische Führung heißt doch wohl auch, nicht nur Strömungen aufnehmen, sondern sich mit ihnen auseinandersetzen, programmatisch wie am konkreten Gesetzgebungsobjekt, auch über die Funktion des Staates, der Organisationsgesellschaft, sozialer Bindungen, mit verschiedenen Formen des Anspruchsdenkens im rechten wie im linken Bereich des politischen Spektrums. Man wirft Ihnen ja vor, Sie würden zu sehr der Demoskopie bzw. dem „Zeitgeist“ folgen und die Profilierung der Partei, die man in der Auseinandersetzung gewinnt, vernachlässigen ...

Geißler: Hegel hat einmal gesagt: „Wer, was seine Zeit will, ausspricht, ihr sagt und vollbringt, ist der große Mann der Zeit.“ Das hat nichts mit Nachlaufen, sondern hat mit den Aufgaben einer politischen Partei zu tun, die zwar wohl führen muß, aber nicht an den Köpfen und den Herzen der Menschen vorbeileben darf, sonst landet sie bald auf dem Müllhaufen der Geschichte.

HK: Mit welcher Perspektive wollen Sie bei den jüngeren Jahrgängen – bei Frauen und Männern –, wo Sie am meisten verloren haben, wieder Terrain zurückgewinnen?

Geißler: Die CDU muß ihr unverfälschtes politisches Profil, das sie hat, in den Fragen, die vor allem junge Menschen beschäftigen, deutlich machen und innerhalb der Regierungskoalition auch durchsetzen. Die CDU wird dann wieder mehr Stimmen bei den jüngeren Wählergruppen bekommen, wenn sie sich darum bemüht, die wichtigsten politischen Entscheidungen gleichzeitig auch ethisch zu begründen. Und sie darf keine Radikalposition einnehmen, sondern muß den Weg der Mitte nicht nur beschreiben, sondern auch beschreiten: Marktwirtschaft, aber mit sozialer und ökologischer Verantwort-

ung: Festigung des Bündnisses, aber Entspannung, Verteidigungsfähigkeit, aber Abrüstung; Menschenrechte auf der *ganzen* Welt. Diese Politik der Mitte muß auch in der Regierungspolitik zum Ausdruck kommen. Das entspricht dem, was junge Menschen wollen, und überhaupt dem, was immer mehr sich durchsetzt: daß die Leute Freiheit für wichtig halten und als etwas Selbstverständliches betrachten, aber gleichzeitig Geborgenheit und Sicherheit realisiert wissen wollen; daß sie den Wohlstand für etwas Gegebenes akzeptieren, aber gleichzeitig nach dem Sinn des Lebens fragen, nach dem Sinn auch von Politik. Auf diese grundsätzlichen Fragen muß die CDU klar erkennbar eine Antwort geben.

HK: Wenn ich Sie richtig verstehe, wird die Kernschicht, auf der Sie die Zukunft der CDU begründen möchten, von den Wählerpotentialen her gesehen, getragen vor allem von den wahlentscheidenden Schichten und Milieus der Angestelltengesellschaft mit hohem Freiheitsanspruch und relativ großer materieller Sättigung. Kommt nicht gerade damit ein neuer, bisher weitgehend verdrängter Konflikt auf die Partei zu? Die Politikerwartungen von karrierebewußten Aufsteigern, emanzipatorischen Frauen und postmaterialistischen Lebenskünstlern befinden sich in einer inneren Spannung nicht nur zu kirchlicher Bindung, sondern zur christlichen Ausrichtung der Partei, an der Sie als verbindende Klammer und Erkennungszeichen ja festhalten wollen. Rita Süßmuth bzw. deren von Ihnen besonders gestützte Politik scheint mir ein wenig die Verkörperung dieses Problems zu sein. Das hat auch mit Kirchenbindung und christlichem Menschenbild zu tun.

Geißler: Ich glaube nicht, daß man kirchliche Bindungen verwechseln darf mit einer patriarchalischen Gesellschaftsordnung. Ich glaube auch nicht, daß es dem christlichen Menschenbild entspricht, die Gleichberechtigung der Frau im Alltag zu verhindern. Ganz im Gegenteil! Es ist eine christliche Forderung, daß wir die jahrhundertealte Benachteiligung der Frauen, an der die Kirchen in früheren Zeiten mitgewirkt haben, nun endgültig beseitigen. Wir leben immer noch in einer Männergesellschaft, und das ist durchaus auch eine Machtfrage. Nicht das Bewußtsein der Frauen muß sich verändern, sondern das Bewußtsein der Männer. Dies entspricht unserem Bild vom Menschen und von der Würde des Menschen als eines von Gott geschaffenen Wesens, bei dem es keinen Wertunterschied ausmacht vor Gott und auch vor dem Gesetz, ob jemand ein Mann oder eine Frau ist. Wer da alten patriarchalischen Vorstellungen anhängt, kann sich, auch wenn er sich Christ, Katholik oder evangelischer Christ nennt, nicht auf das Evangelium berufen.

HK: Dies dürfte nicht gerade der schwierigste Punkt sein. Aber es gibt in verschiedenen Individualisierungsschüben eine wachsende Vernachlässigung der Sozialpflichtigkeit des Individuums, die auf Kosten der sozialen Institutionen, z. B. der Familie, gehen. Die CDU als

„C“-Partei wird hier einer eindeutigen Entscheidung kaum ausweichen können.

Geißler: Das sind keine Widersprüche. Wir wollen den Menschen ja keine Rollen verordnen, auch nicht als christlich-demokratische Politiker. Ob jemand einen Supermann haben will, dem sich die Frau unterordnet, oder einen Softie, der die Frau als Vormund braucht, ob jemand den Mann als Fehlkonstruktion der Natur ansieht oder ob jemand das Bild vom Heimchen am Herd im Herzen trägt, sei's drum. Die Menschen sind frei, sich ihr Leben so vorzustellen, wie sie es für richtig halten. Wir wollen und können nichts anderes als die politischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Menschen in der Partnerschaft der Ehe als Mann und Frau frei vereinbaren können, wie sie miteinander leben wollen, wer welche Aufgaben übernimmt. Wie sie sich dabei entscheiden, ist ihre Angelegenheit. Der Staat hat da überhaupt nicht hineinzureden.

„Auch die Kirchen müssen über die vorletzten Dinge reden, aber nicht ausschließlich“

HK: Eine Partei, die auf das „C“ als Erkennungszeichen Wert legt, muß aber mehr als jede andere das Wohl sozialer Institutionen als Orte konkreten menschlichen Zusammenlebens im Auge behalten. Sonst müßte man fragen, wie dünn denn das „C“ werden muß, um noch als Klammer dienen zu können?

Geißler: Genau deswegen reden wir von der partnerschaftlichen Familie. Die Familie hat als wichtigste und unverzichtbare Gemeinschaft in unserer Gesellschaft nur dann eine Chance, wenn sie partnerschaftlich ist. In diese Partnerschaft müssen die Kinder miteinbezogen werden. Nur in einer solchen Familie können Kinder Vertrauen, Geborgenheit und Liebe erfahren und werden selbstsichere, bindungsfähige, auch religiös bindungsfähige Menschen. – Ich möchte aber auch noch etwas zur neuen Mittelschicht sagen. Gerade diese Schicht, vor allem die technische Intelligenz und die Aufsteigergruppen, die sich an ihr orientieren, haben ein hohes Maß an sozialer und auch an ökologischer Verantwortung. Die CDU muß deshalb klarmachen, daß die Solidarität mit den Menschen auch die Solidarität gegenüber der Schöpfung einschließen muß. Die erstere muß erhalten bleiben, in sie muß die Familie einbezogen werden, auch das ungeborene Kind. Aber der Inhalt der Solidarität muß in unseren Industriestaaten zugleich ausgedehnt werden. Wir müssen solidarisch sein gegenüber der Schöpfung insgesamt. Und von wegen verbindender Klammer und wie dünn das „C“ sein muß: Sehen Sie, in Hamburg bekennen sich nur noch 45 Prozent der Bevölkerung zu einer der christlichen Kirchen einschließlich Freikirchen. Es gibt in Hamburg also weniger Christen als Nichtchristen. Wenn dort eine Partei wie die CDU 41 bis 43 Prozent der Stimmen bekommt, auch mit einer christlichen Be-

gründung ihrer Politik, dann ist das eine große geistige Leistung, die eigentlich auch von den Kirchen gewürdigt werden müßte.

HK: Im Verhältnis Union–Kirche scheint es eine Menge verdrängter Probleme zu geben. Man hat bestimmte Erwartungen, die sich weder von der einen noch von der anderen Seite erfüllen lassen; man instrumentalisiert sich gegenseitig. Gleichzeitig brauchen sich beide als Gesprächspartner im politischen Raum. Die Grundlage dafür kann aber nicht mehr die vorausgesetzte selbstverständliche Übereinstimmung sein, die es ja schon längst nicht mehr gibt. Wie können Sie neu zu einem Verhältnis finden, das beiden gerecht wird?

Geißler: Dazu gibt es den Kirchen gegenüber – ich muß die evangelische Kirche einbeziehen – eine ganz klare Aussage. Wir nehmen als christlich-demokratische Partei in Anspruch, nicht eine Politik zu machen, durch die das Evangelium unmittelbar umgesetzt wird, sondern eine, die auf einem christlichen Menschenbild und den daraus resultierenden Grundwerten beruht. Über die Konsequenzen aus dieser Aussage müßten wir mehr miteinander sprechen und die Dinge auch philosophisch-theologisch sauber diskutieren, wie auf dieser Grundlage z. B. die Ausländerpolitik, die Menschenrechtspolitik, die Familienpolitik, die Wohnungsbaupolitik, der ländliche Raum, die Frauenpolitik, das Elternrecht, aber auch die Rechtslage der Kinder und v. a. m. zu gestalten ist. Darüber sollte das Gespräch mit den Kirchen und das Gespräch der Kirchen mit unserer Partei geführt werden.

HK: Wenn man so sehr ins Konkrete gehen will, muß in Kauf genommen werden, daß Konflikte mit den Kirchen selbstverständlich und deshalb auch offen ausgetragen werden. Mit der von Ihnen gerne vorgenommenen Zuständigkeitsverteilung: Kirche für die letzten Dinge, Politik (und Parteien) für die vorletzten, allein wird's nicht getan sein ...

Geißler: Auch die Kirchen müssen über die vorletzten Dinge reden, aber eben nicht ausschließlich. Etwas wird allerdings immer klar sein müssen: die Kirche als auch eschatologisch ausgerichtete Institution wird immer höhere Anforderungen an den Menschen richten müssen, als die Politik zu realisieren in der Lage ist. Der vollendete Mensch in Christus, dem wir alle nachstreben sollen, ist immer eines jeden Christen Aufgabe. Die Politik kann dies aber nicht realisieren. Ziel der Politik ist weder das vollkommene Glück noch der vollkommene Mensch. Aber die Politik muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß jeder Mensch frei ist und in einer gerechten Ordnung sein eigenes Glück finden kann. Auf jeden Fall gilt: Die Politik darf die Kirchen nicht mißbrauchen, und die Kirchen dürfen auf der anderen Seite eine „C“-Partei nicht überfordern. Und in einer Demokratie müssen politische Entscheidungen – selbst ganz grundlegende – auch in ihrer ethischen Begründung diskursiv durchgesetzt werden und sind, weil wir eine pluralistische Gesellschaft haben, oft nur durch Kompromisse erreichbar.